



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Das Verkaufspersonal will keine Motion Lombardi

Unia wehrt sich gegen die landesweite Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten

Die Gewerkschaft Unia lehnt den Entwurf für ein neues Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten (LadÖG) offiziell ab. Das neue Gesetz würde zu Ladenöffnungszeiten von 6 bis 20 Uhr unter der Woche und von 6 bis 19 Uhr am Samstag führen. Die Gewerkschaft verurteilt diesen weiteren Angriff auf die Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals und den Volkswillen.

Die Unia publiziert heute ihre Vernehmlassungsantwort zum Entwurf für ein Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten (LadÖG). Sie nimmt Stellung gegen dieses Gesetz, das in einem Grossteil der Kantone zu einer deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten führen würde. Da im Detailhandel kein allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsvertrag existiert, würde die Ausdehnung der Öffnungszeiten von 6 bis 20 Uhr unter der Woche und von 6 bis 19 Uhr am Samstag zu einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und zu noch längeren Arbeitszeiten am Abend und an den Wochenenden führen, und das erst noch ohne Entschädigung. Deshalb sprechen sich 85 Prozent der Beschäftigten im Verkauf sowie das gewerkschaftlich organisierte Personal einhellig gegen eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten aus.

Anstelle der angeblichen «Harmonisierung» zwingt das Gesetz zwei Drittel der Kantone, die heutigen Ladenöffnungszeiten auszudehnen, obschon die Bevölkerung ein solches Ansinnen bei kantonalen Abstimmungen wiederholt und grossmehrheitlich abgelehnt hat. Der Gesetzesentwurf ist auch in verfassungsmässiger Hinsicht problematisch. Denn die vorgeschlagene wirtschaftspolitische Massnahme würde eine Verfassungsgrundlage benötigen, die heute fehlt.

Im Gegensatz zu dem, was der Motionär Lombardi behauptet, wird man mit diesem Gesetz den starken Franken nicht bekämpfen können. Ausschlaggebend für den Einkaufstourismus sind nämlich nicht die Ladenöffnungszeiten, sondern die Preise. Es werden nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen, sondern die grossen Ladenketten werden auf Kosten der kleinen Geschäfte gestärkt.

Aus diesen Gründen stellt sich die Gewerkschaft Unia gegen den Gesetzesentwurf, der die Beschäftigten deutlich benachteiligt und wenig Respekt für den demokratischen Willen der Stimmbevölkerung zeigt.

Für Rückfragen:

Natalie Imboden, Branchenverantwortliche Detailhandel der Unia
Arnaud Bouverat, Mitglied Sektorleitung Tertiär der Unia

Unia, Medienmitteilung, 27.5.2014.

Unia Schweiz > Detailhandel. Ladenöffnungszeiten. Unia. 2014-05-27